

# Bäcker-Zeitung.

Organ aller in der Nahrungsmittel-Industrie beschäftigten Gesellen, Gehülfen, Arbeiter und Arbeiterinnen.

Offizielles Organ  
der Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse  
der  
Bäcker u. Berufsgenossen Deutschlands.

Herausgegeben und redigirt von D. Ullmann, Hamburg, Dastr. 15/17.

Erscheint alle 14 Tage, Sonntags.

Offizielles Organ des Verbandes  
der  
Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands  
(Sitz in Hamburg).

Bereins-Anzeigen für die fünfgespaltene Petitzelle oder deren Raum 10  $\mathcal{M}$ , Geschäfts-Anzeigen 15  $\mathcal{M}$ , doch ist bei Einsendung von Letzteren der Betrag beizufügen.

Mitglieder des Verbandes der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands erhalten dieses Blatt gratis.

Bereinsbezug für Fachvereine der Bäcker bei mindestens 10 Exemplaren pro Quartal 75  $\mathcal{M}$ . — Für Einzel-Abonnements pro Quartal  $\mathcal{M}$ . 1,20.

## Abonnements-Einladung.

Mit Nr. 14 beginnt ein neues Quartal. Kollegen! Wohl hat die „Deutsche Bäcker-Zeitung“ sich bereits einen ziemlich Leserkreis erobert, doch noch lange nicht groß genug. In keiner Bäckerei sollte die „Deutsche Bäcker-Zeitung“ fehlen; sie ist das einzige Organ für Euch, welches Eure Interessen voll und ganz vertritt, und je größer der Leserkreis, desto wirksamer und desto schärfer kann sie für Euch eintreten, desto mehr kann sie Euch auch in belehrender Hinsicht unterstützen!

Kollegen! Wir leben in einer ernsten Zeit; in mehreren Städten ist es bereits zu Kämpfen zwischen Unternehmern und Arbeitern gekommen, weitere Kämpfe werden folgen, auch die Frage des Maximalarbeitstages dürfte diese Session des Reichstages beschäftigen, es ist also für jeden einzelnen Kollegen eine Nothwendigkeit, über Alles unterrichtet zu sein. Die „Deutsche Bäcker-Zeitung“ wird diese Mission erfüllen. Jeder Kollege muß es als Ehrensache betrachten, bestrebt zu sein, neue Abonnenten unserem Blatte zuzuführen, muß dazu beitragen, die „Deutsche Bäcker-Zeitung“ zu einem Kampfeswörter für unsere Interessen, zu einem Führer in unserem Kampfe zu machen!

**Vorwärts! Durch Kampf zum Sieg!**  
Die Redaktion.

Einzel-Abonnements unter Kreuzband  $\mathcal{M}$ . 1,20, bei Vereinsbezug  $\mathcal{M}$ . 0,75 pro Quartal. — Inserate finden in der „Deutschen Bäcker-Zeitung“ die weiteste Verbreitung. Geschäftsleute, die auf Bäckerkundschaft reflektiren, sollten nicht veräumen, in der „Deutschen Bäcker-Zeitung“ zu inseriren. Preis pro 5 gespaltene Petitzelle 15  $\mathcal{M}$ , Vereinsanzeigen 10  $\mathcal{M}$ .

Die Expedition.

## Her mit dem Maximalarbeitstag!

So muß bald der vieltausendstimmige Ruf aus allen Bäckertühlen ertönen, wenn die Frage des Maximalarbeitstages vor dem Einschlafen bewahrt bleiben soll, und wenn endlich unsere Regierung sich ihrer Pflicht, den Schwachen zu schützen, bewußt werden soll. Denn man scheint jetzt die Bekämpfung der Rotte für viel wichtiger zu halten, als das Wohl und Wehe der Staatsbürger. Vor 1 1/2 Jahren war die Regierung selbst der Meinung, daß die Einführung einer begrenzten Arbeitszeit für das Bäckergewerbe nothwendig sei; sind denn die Verhältnisse seit dieser Zeit besser geworden, daß diese Nothwendigkeit nicht mehr existirt? Durchaus nicht. Die Verhältnisse sind noch ganz dieselben, wenn nicht noch etwas schlimmer, aber die zu den lieben Kindern der Regierung gehörenden Bäckermeister, d. h. die, welche in den zum Verband Germania gehörenden Innungen organisiert sind, haben das Schreien so gut verstanden, daß diese Aenderung in der Meinung der Regierung herbeigeführt wurde.

Nach Angabe des Oberzünftlers Bernard-Berlin auf dem Verbandstage zu Wriezen a. D. sollen es die Petitionen der Gesellen gewesen sein, die diesen Stimmungswechsel herbeigeführt hätten. Er äußerte sich dort in folgender Weise:

Die Arbeiterchuz-Kommission des Reichstages habe bei ihrer Umfrage in der Mehrzahl sozialdemokratische

Arbeiter vernommen und dadurch naturgemäß nur eine einseitige Vorstellung von den Eigenarten des Bäckergewerbes erhalten. Die von derselben Kommission aufgenommene Statistik über die Berufsgefahren ergebe, daß das Bäckergewerbe eines der gesündesten sei, daß in ihm die wenigsten Krankheits- und Sterbefälle vorkommen. Hedner hat Ende April d. J. eine Audienz beim Reichskanzler Fürsten Hohenlohe gehabt und aus der Unterredung mit dem ersten Beamten des Reiches die Ueberzeugung geschöpft, daß das Bäckergewerbe — wenn nicht alle Anzeichen trügen — von der Festsetzung eines Maximalarbeitstages verschont bleiben wird. Zu Hilfe ist dem Gewerbe gekommen, daß, im Gegensatz zu der Berliner sozialdemokratischen Agitation, aus den Provinzen zahlreiche Bittgesuche der Bäckergesellen selbst gegen die Festsetzung eines Maximalarbeitstages in unserem Gewerbe bei der Reichsregierung eingegangen sind.

Diese Petitionen scheinen bei der Reichsregierung einen guten Eindruck hervorgebracht zu haben.

Nun, es ist ja richtig, daß einige unserer Kollegen die von den Innungen hergestellten Petitionen unterschrieben haben, aber sollten diese wirklich auf die Regierung einen solchen Eindruck gemacht haben? Wir glauben es kaum, daß man Unterschriften, die nur in gezwungener Weise gegeben, einen solchen Werth beimessen, die dadurch zu Stande kommt, wenn irgend ein Wegelagerer aus seinem sicheren Versteck hervorkommt und irgend einem Menschen die Pistole vor die Brust legt und verlangt, er solle Das oder Jenes unterschreiben? Nun, wir denken, eine Unterschrift, unter dem Zwange des Todtschießens gegeben, hat keine Gültigkeit und sie wird es wohl auch vor keinen Richter haben; denn demjenigen, welcher eine solche Unterschrift erzwungen, steckt man in berechtigter Weise in's Zuchthaus. Ähnlich verhält es sich auch mit den Unterschriften der Bäckergesellen unter den bei der Reichsregierung eingegangenen Petitionen gegen den Maximalarbeitstag. Anstatt der Pistole war es hier die Hungerpeitsche, das Gespenst langer Arbeitslosigkeit, welches Dem sicher war, der sich geweigert, seine Unterschrift unter die Bandwürmer der Innungs-Obermeister zu legen.

Herr Bernard läßt auch weiter den Kalauer los, daß das Bäckergewerbe nach der von der Kommission für Arbeiterstatistik aufgenommenen Erhebung eines der gesündesten sei. Es gehört wirklich eine gute Portion Unverfrorenheit dazu, die Thatsache so zu verdrehen, denn gerade das Gegentheil sagt das in Frage kommende Gutachten des Reichsgesundheitsamtes.

Es heißt dort:

Sprechen die vielen verkrüppelten Bäcker, sowie die in letzter Zeit häufig konstatierte Erkrankung an her sogenannten Bäckerkräse für gesunde Verhältnisse? Die Reichsgesundheitsamtes; wie steht es nun damit? Es ist doch selbst durch die amtliche Erhebung, bei welcher die Bäckermeister so rosig wie möglich malten, festgestellt worden, daß gerade die größeren Bäckereien eine längere denn 12stündige Arbeitszeit haben, die Meisten davon 14 bis 16 Stunden, daß also wohl die größere Hälfte der Stellen über 12 Stunden arbeiten, und bei solcher Arbeitszeit in heißer Temperatur und mit Mehlstaub und sonstigen Substanzen durchschwängerten Luft muß nothwendig die Gesundheit der Arbeiter leiden. Das Alles ist der Regierung seit Jahren bekannt, und nichts soll gegen solche Zustände geschehen? Der einmal unternommene Anlauf droht wieder einzuschlafen; der bereits ausgearbeitete Gesegentwurf soll still begraben werden, so still, wie ein todtgeborenes Kind, dessen sich die Mutter zu schämen hat.

Weshalb das? Nun, weil wir in einem Klassenstaat leben, in dem das Wort der heftigen Minorität mehr gilt als das Wort und das Wohl der heftigen Majorität, in dem die angestellten Staatsmänner nach eigener Angabe nur für die Besitzenden arbeiten; und weil nun ein Theil der Bäckermeister erklärt, sie gingen zu Grunde, wenn sie ihre Arbeiter nicht mehr länger denn 12 Stunden täglich und 365 Tage im Jahr ausbeuten können, so können deshalb um Einzelner willen Tausende von Arbeitern an ihrer Gesundheit, an ihrer Arbeitskraft zu Grunde gehen; so will es die göttliche Weltordnung.

Für Euch aber Kollegen muß diese Stellungnahme der Regierung eine Mahnung sein, nun endlich aufzuwachen, nicht zu ruhen, nicht zu rasten, bis auch Ihr endlich gehört werdet. Versammelt Euch zu gewaltigen Demonstrationen im Interesse Eurer selbst; im Interesse der Volksgesundheit verlangt den gesetzlichen Schutz, zeigt, daß auch Ihr, von denen man Nichts im Staate verlangt, auch Rechte habt und Rechte verlangt, daß die Staatsgewalt nicht nur für die Besitzenden, sondern auch zum Schutze der Besitzlosen da ist.

Wie Donnerrollen muß es der gesetzgebenden Gewalt aus Euren Mäulern entgegenhallen: Her mit dem Maximalarbeitstag!

## Auf Agitation!

Gestattet mir, liebe Leier und Kollegen, Euch einen Nebenblick über meine Thätigkeit und Ergebnisse auf meiner Agitationstour zu geben. Mit frischem, frohem Muthe begab auch ich mich auf die Reise, aber meine Ahnung, daß die Erfolgschancen dieser mir vorgeschriebenen Straße nicht diejenigen sein werden, wie man sie sich vielleicht ausgedacht hatte, betrog mich nicht, und auch hier zeigte sich ganz deutlich, daß die an hochtrabenden Ideen leidenden Bäckereiarbeiter des Südens schwer für unsere Sache zu gewinnen sind. Der gewaltige Druck der Innungen trägt ja in erster Linie viel dazu bei, und die meisten der Gehülfen gehen auch da mit dem Gedanken um, einmal selbstständig zu werden. Trotz alledem habe ich aber die Ueberzeugung wieder mit in meine Heimath genommen,

das auch im Süden Deutschlands der Indifferentismus einmal befragt wird und die Organisation sich Bahn bricht. Dieses zeigte die große Begeisterung, mit welcher man die Ausführungen meinerseits in den verschiedenen Versammlungen aufgenommen hat.

In Frankfurt a. M. machte ich den Anfang, und war dies eine sehr gut besuchte und interessante Versammlung mit bestem Erfolg. Von da ging es nach Wiesbaden. Die Versammlung war annähernd gut besucht und hatte einen günstigen Erfolg, wobei Kollege Gaus als Delegierter zum südd. Bädertag gewählt wurde. In Mainz war der Besuch so schlecht, daß schon die Versammlung um 4 Uhr anberaumt war, erst gegen 6 Uhr sich einige Kollegen eingefunden hatten. Der Vorsitzende, Herr Kartheis, war persönlich anwesend und wir konnten nicht weiter thun, als die Zeitungen auszuteilen und in zäherer Unterhaltung die Kollegen aufzuklären über die wichtigsten Punkte. Dasselben versprochen, für die Neufunktionierung der dortigen Mitgliedschaft energisch einzutreten. In Saarbrücken ist die Versammlung zu Stande gekommen und so ging es dann nach Straßburg. Was ich da erlebt, das werde ich nicht vergesse, denn es hatten sich eingefunden 4 Kollegen und sage und schreie 7 Vollzogene. 3 Mann waren im Lokal und 4 Mann schraubten beständig um dasselbe herum. Die Agitation wird sehr erschwert bei Austheilung eines Flugblattes oder einiger Zeitungen; wenn man ermutigt wird, kostet es M. 40 Mühe. Es sind dieses ja fast schlimmere Maßnahmen, wie diese. Zur Zeit des Sozialistengesetzes. Ich hoffe, daß sich noch einige Kollegen einfinden werden, aber diejenigen, welche da waren, hatten sich auch wieder gedrückt.

Unberückte Sache mußte ich dann weiterreisen nach Mühlhausen i. E. Dort wurde mir noch eine größere Enttäuschung zu Theil, indem das Gewerkschaftskartell trotz Zusage sich nicht veranlaßt sah, eine Versammlung anzuberaumen.

an der Versammlung theilgenommen, gezeigt hat. Ein anwesender Meister, welcher gegen die Ausführungen protestierte, wurde einfach niedergeschrien. In der weiteren Diskussion, an welcher 8 bis 10 Kollegen theilnahmen, stimmten alle den Ausführungen des Referenten bei und hielten es für angebracht, den bestehenden Vergnügungsverein in eine Mitgliedschaft des Verbandes umzuwandeln, und wurde dieser Beschluß von der Versammlung lebhaft begrüßt.

Nachdem ich dann noch mit Freiburger Kollegen das Nützliche besprochen, d. h. nach der Wahl des Delegierten zum Frankfurter Bädertag, mußte ich noch am selbigen Abend abreisen, um rechtzeitig nach Stuttgart zu kommen, wo am folgenden Tage eine Versammlung anberaumt war. Dieses war eine mit großen Schwierigkeiten verknüpfte Tour. In der Nacht kam ich auf dem hohen Schwarzwald in Neustadt an, wo ich wohl oder übel im Fremdenhotel Quartier nehmen mußte, um Morgens 4 Uhr mit der Post bis zur nächsten Eisenbahnstation zu gelangen.

Von da ging es über Donaueschingen, Bilingen, Nottwil nach Stuttgart, wo ich Mittags um 3 Uhr 18 Min. ankam. Da die Versammlung schon um 3 Uhr festgesetzt war, so erwartete mich ein dicht gedrängter Saal voll Kollegen, wo sich auch verschiedene Meister und einige Genossen eingefunden hatten. Die Versammlung selbst war großartig (siehe Versammlungsbericht). Lobend und anerkennend muß ich hierbei ganz besonders der Kollegen Stuttgarts gedenken und des Kollegen Bögel in erster Linie. Ein solch freundliches Entgegenkommen habe ich nirgends getroffen. Hauptsächlich hat dort die Organisation in dem Kollegen Wegger eine kräftige Stütze.

Da Offenbach, wo ich am Sonntag, den 11. August, sprechen wollte, abgeschrieben mit der Begründung es läme doch kein Bäder zur Versammlung, hatten die Stuttgarter Kollegen auf dem schnellsten Wege eine Versammlung in Konstanz anberaumt, wo es aber zu keinem Resultat kam, indem sich nur wenige, ungefähr 20 Kollegen, eingefunden und diese fast alle dem Vergnügungsvereine angehört haben und infolge des großen Indifferentismus von einer Organisation durchaus nichts wissen wollten. Betreffend Wahl eines Delegierten zum Frankfurter Bädertag, wollte dieses der Vergnügungsverein selbst regeln.

Von da ging es dann nach Karlsruhe, und war ich auf die Versammlung sehr gespannt. Aber auch da mußte ich die bittere Erfahrung machen, daß die Versammlung hinsichtlich des Kostenpunktes nicht einberufen war. Am anderen Tage hatte ich eine Versammlung in Mannheim. Die Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen und hatten sich in die Liste der zu gründenden Mitgliedschaft so ziemlich 30 Mann eingetragen, und ein Delegierter zum Bädertag nach Frankfurt wurde ebenfalls gewählt. Dieses war die letzte Versammlung meiner Reise, und am nächsten Tag kam ich wieder in Offenbach an. Wolte man hier Kritik üben, so ist es zunächst das Gewerkschaftskartell, über welches wir uns zu besprechen hätten, dieses zeigt ja die Nichtüberzeugung der Versammlungen in den Städten Mühlhausen, Offenbach und Karlsruhe.

Was meine Benützung anbetrifft, so glaube ich überall, wo ich war, meine Pflicht erfüllt zu haben und zur Stärkung des Verbandes beigetragen zu haben, unermüdetlich werde ich weiter arbeiten, kämpfen und agitieren für unser, gerechtes Sache.

Georg Jöst, Offenbach a. M.

### Schlußbericht meiner Agitationsreise.

Ueber die am 14. August in Leipzig stattgehabene Versammlung ist ja bereits von den dortigen Kollegen ein Bericht eingekandt und der Verlauf derselben geschildert worden. Ich fuhr nun von hier aus nach Frankfurt, um am dem 16. und 17. August stattfindenden Bädertag theilzunehmen. Ich hierüber brauche ich weiter nichts zu bemerken, da ich ja mittlerweile die Protokolle der Verhandlungen eingekandt habe, die laut Beschluß des Kongresses im Fachblatt veröfentlicht werden sollen, um den Kollegen ein Bild von den dortigen Verhandlungen zu geben. — Am 20. August fuhr ich nach Wiesbaden in einer ziemlich gut besuchten Versammlung. Ich hier durch den enormen Druck der Junung und der Bewegung zurückgegangen; man hat es vor allen Dingen in den Jahren abgesehen, dieselben gemahregelt und dadurch mandte. Auch hier existiren Zustände, wie aus der letzten Diskussion hervorging, die jeder Beschreibung spotten. Zwischenzeiten von 17 bis 18, ja sogar 21 Stunden, sind keine Seltenheiten; was nun die sanitären Verhältnissen anbetrifft, so wurden

elektisierende Zustände angeführt. Am meisten wurde geklagt, daß sich die Meister trotz einer ganzen Reihe von Anzeigen nicht im Mindesten um die Innehaltung der Sonntagsruhe kümmern. Mir gelang es, einen älteren Kollegen, der keine Wahregelung zu befürchten hat, zu gewinnen, so daß es dessen Bemühungen gelingen dürfte, die dortige Mitgliedschaft hoch zuhalten. — Am 21. August war ich in Würzburg, die Versammlung war von weit über 200 Gehälfen besucht, was mir schon anzudeuten schien, daß auch dort die Verhältnisse keine rofigen sind. Alles wartete gespannt, welche Mittel und Wege ich den Kollegen zeigen würde, um ihre traurige Lage zu verbessern. Doch mit des Geschickes Mächten ist kein Wunder zu machen, und der Mensch denkt und die Postet lenkt. Kurz nach der Einberufung der Versammlung eröfnet, da erhob sich Herr Wachsmann als Vorsitzende und erklärte, daß alle Mitglieder das Lokal verlassen sollten; ich sowohl wie der Einberufende protestirten energisch dagegen, da gab der Beamte die Erlaubnis ab, er mülte sich da noch einmal bei seiner vorgesetzten Behörde informieren und hat, man solle die Versammlung bis auf kurze Zeit vertagen, was auch geschah. Bei seiner Auatehr gab er die Erklärung ab, er mülte bei dem Ausschluß der Mitglieder bleiben, weil der Einberufende sowohl wie ich notorische Sozialdemokraten seien und höchst wahrscheinlich politische Gespräche geführt würden; daß sich eine mächtige Erregung der Versammelten bemächtigte, kann sich Jeder denken. Nur dem energischen Eintreten meinerseits und dem gesunden Sinn der Gehälfen andererseits war es zu danken, daß die Versammlung statfinden konnte. Nachdem ich in fast zweistündigem Referate den Kollegen ihre traurigen Verhältnisse vor Augen geführt hatte und ihnen die Organisation zur Besserung der schlechten Lage empfohlen hatte, daß man, daß ich fast Allen aus der Seele gesprochen hatte. Der Polizeibehörde können wir nur dankbar sein für ihre Aufmerksamkeit, denn dadurch hat Mancher einsehen gelernt, daß er mit 21 Jahren alt genug ist, Steuern zu zahlen und Soldat zu werden, aber nicht etwa seine schlechte Lage zu berathen und zu verbessern. Nun, die Kollegen haben die Antwort gegeben, indem sie einstimmig alle ihren Anschluß an unsere Organisation erklärt haben. Mittlerweile war mir von Nürnberg und Zwickau erklärt worden, daß es nicht möglich sei, eine Versammlung abzuhalten. Nun, ich für meine Person bin aber doch der Meinung, was in einer Stadt möglich ist, wäre auch in einer anderen zu erreichen, wenn nur der gute Wille da ist. Ich fuhr nun zurück nach Frankfurt, wo ich am 22. August, Abends, in einer ziemlich gut besuchten Bäder-Hausburschen-Versammlung sprach, und am 23. Nachmittags, in einer bis auf den letzten Platz gefüllten Bäder-Versammlung. Einen näheren Bericht werden die Kollegen von dort selbst einsehen. Nur Eins will ich noch bemerken, daß ich die freudige Wahrnehmung machen konnte, daß man hier unserer Bewegung das größte Interesse entgegen bringt. Den Beweis lieferte uns der erste Verhandlungs-Nachmittag des Bädertages, wozu sich ungefähr 300 Frankfurter Kollegen eingefunden hatten. Nun mag man dort so weiter arbeiten, dann muß uns der Sieg werden. — Am 24. August trat ich nun die Rückreise an, so daß ich wohlhalten wieder in Gera angelangt bin. Nun zum Schluß noch Eins: Aufgabe der Kartelle wird und muß es sein, unseren neugewonnenen Kämpfern mit Rath und That zur Hand zu gehen, sind auch die Erfolge keine so riesigen, so ist doch der Stein in Bewegung gekommen und er wird auch zum Rollen kommen. Aufgabe jedes Einzelnen muß es sein, uns neue Kämpfer zuzuführen, thue Jeder seine Pflicht, endlich wird und muß auch uns unser gutes Menschenrecht werden.

Unter Brudergruß!

Gera, im August.

Wilhelm Kahl.

## Protokoll

### des ersten süd- und mitteldeutschen Bädertages zu Frankfurt a. M. am 16. u. 17. August.

#### Erste Sitzung.

Die Beratungen finden im „Meriansaal“ statt. Derselbe ist zu Ehren der anwesenden Delegirten mit reichem Fahnen- und Girlandenschmuck versehen. Das Podium des Bureau's zieren die lebensgroßen Büsten von Karl Marx und Lassalle, und gegenüber, inmitten verschiedener Dekorationsstücke, steht auf rothem Fahnenstuch der Wahlspruch der internationalen Arbeiterpartei: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!“ Der Vortrag der Arbeitermarxellaije durch ein Orchester leitete den Kongreß ein.

Jöst-Offenbach begrüßt mit einer ermutigenden Ansprache die erkrankten Delegirten. Es gelangten, nachdem sich die Konstituierung des provisorischen Bureau's vollzogen, zunächst geschäftliche Angelegenheiten, Prüfung der Mandate durch die Delegirten Roth-Frankfurt und Groß-Heilbronn, Festlegung der Geschäfts- und Tagesordnung der bevorstehenden Beratungen usw. zur Erledigung. Für die Tagesordnung wurden folgende sieben Punkte aufgestellt:

1. Situationsbericht der Delegirten.
2. Oekonomise und wirtschaftliche Verhältnisse im Bädergewerbe. (Referent: Jöst-Offenbach).
3. Der zwölfstündige Maximalarbeitstag und die Sonntagsruhe. (Referent: Kahl-Gera).
4. Fachorgan.
5. Organisationsfrage.
6. Statuten, Wahlverfahren, Mittel und Sprechweisen.

Frankfurter Delegirte Hepper bezeichnet dieselben ganz richtig mit dem Namen Schlastäffe; ganz besonders wird wieder Klage geführt über die enorm betriebene Wehring'sche Züchterei; auch wird konstatiert, daß man sich fast überall von Seiten der Meister an die gesetzlichen Bestimmungen der Sonntagsruhe garnicht kehrt. Dieselben stehen für die Herren nur auf dem Papier. Brendel-Bodenheim erklärt, daß die Zustände unter den Mältern gleich schlecht seien, hauptsächlich in Betreff der Arbeitszeit, die manchmal noch 24 ja sogar 36 Stunden hintereinander beträgt.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung hat Jöst-Offenbach das Wort. Er zieht zunächst einen Vergleich zwischen der im Ueberfluth lebenden Klasse, während der Arbeiter oftmals nicht das Nöthigste besitzt, um sein Leben kräftig zu können. Er meint, daß in Bezug ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse die Bäder oftmals mit den Webern im Gulsengebirge auf einer Stufe stehen; andere Arbeiter sind bezüglich ihrer Verhältnisse uns oftmals weit voraus. Auch betont er, daß vor allen Dingen bei uns in lautärer Hinsicht viel zu wünschen übrig bleibt, hier sei es unbedingt notwendig, daß man die Bäderebetriebe unter allen Umständen unter die Aufsicht des Fabrikspektors stellen müsse, um Verringerung herbeizuführen. Ganz besonders seien die Schiffsstellenverhältnisse erbärmliche zu nennen. Er kommt auf die große Anzahl Arbeitsloser in unserem Berufe, die gegenwärtig 40 pSt. aller Gehälfen beträgt, welches lediglich nur die Folge der immensen Wehring'schen Züchterei sei.

In der Diskussion erhielt zunächst Kähler-Frankfurt das Wort; er bemerkt, daß die Bäderhausburschen ebenso traurige Verhältnisse besitzen, wie sie der Referent geschildert habe; er wünscht, daß dieselben von den Bädern als gleichberechtigt anerkannt werden müßten, denn bei etwaigen Kämpfen würden die Bäder sich unbedingt der Beihilfe der Hausburschen zu versichern haben. Hepper-Frankfurt kam sich mit den Ausführungen Jöst's nicht einverstanden an; er meint, daß ein derartiger Unterschied zwischen Arm und Reich immer bestehen werde. Kahl-Gera giebt seiner Verwunderung Ausdruck, wie der Vorredner den Ausführungen Jöst's gegenüber auf einem so kapitalistischen Standpunkt stehen könne, da er ja selbst derartige Verhältnisse, wie sie Jöst geschildert hat, zum Vorschein gebracht hätte. Schließlich habe er auch die Ausführungen Jöst's für richtig anerkannt. Brendel-Bodenheim betont ebenfalls, daß andere Arbeiter uns in Bezug ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse bedeutend voraus seien. Roth-Frankfurt erklärt sich mit den Ausführungen Hepper auch nicht einverstanden, er verspricht sich ferner von dem von Brendel-Bodenheim gemachten Vorschlag behufs Einsetzung von Kommissionen zur Kontrolle der Sonntagsruhe nichts, weil sich die Meister doch nicht daran kehren würden. Brendel-Bodenheim macht den Vorschlag, um der eminenten Wehring'schen Züchterei zu steuern, solle man von Zeit zu Zeit spezielle Leitartikel in den Arbeiterblättern über die Zustände in den Bädereien erlassen, um dadurch Eltern und Vormünder zu warnen, ihre Kinder bei Bädern in die Lehre zu geben. Dilem Voranschlag stehen Roth-Frankfurt, Groß-Heilbronn und Bayer-Freiburg sympathisch gegenüber.

Eine mittlerweile von Kahl-Gera eingebrachte Resolution lautet: „Der heute, am 16. August, stattfindende Kongreß protestirt gegen die heute noch bestehenden traurigen Verhältnisse in unserem Berufe und verspricht, mit allen ihm gesetzlich zu Gebote stehenden Mitteln dafür einzutreten, daß bessere Zustände in unserem Berufe Platz greifen; es ist dies nur möglich dadurch, daß die Bädereiarbeiter endlich zu der Ueberzeugung kommen, daß sie es selbst sind, die ihr Geschick in die Hand nehmen müssen, denn von Seiten der Meister sowohl wie der Regierung brauchen wir auf Besserung nicht zu warten.“ Bei der Abstimmung ergiebt sich die einstimmige Annahme der Resolution.

Zum dritten Punkt der Tagesordnung: „Maximalarbeitstag und Sonntagsruhe“, referirte in ausführlicher Weise Kahl-Gera. Er bemerkte zunächst, welche unumstößlich lange Arbeitszeit oftmals noch bei uns besteht, man habe sich ja auch endlich einmal mit dieser Angelegenheit von Seiten der Regierung befaßt. Er beleuchtete nun die in der Reichskommission für Arbeiterstatistik gepflogenen Verhandlungen bei Gelegenheit der Vernehmung der Auskunftspersonen bezüglich des Maximalarbeitstages. Man habe von Seiten der Kommission die Ueberzeugung gewonnen, daß Abhilfe hier dringend geboten erscheine, doch heute, nach circa zwei Jahren, sei zur Besserung noch nicht das Geringste geschehen. Ebenso verhalte es sich mit der Sonntagsruhe, man habe dieselbe am 1. April gesetzlich eingeführt, doch die Herren Meister kümmern sich nicht darum, für sie stehen einfach diese Bestimmungen nur auf dem Papier. Er kommt zu dem Schluß, daß man in beiden Angelegenheiten von der Regierung wohl schwerlich etwas zu erwarten habe, man werde sich eben einfach damit vertraut machen müssen, daß man sich hier selbst um seine schlechten Verhältnisse kümmern müsse, er warne aber entschieden vor einem unüberlegten Kampfe, denn dazu sei man einfach noch zu schwach. Hauptaufgabe müsse sein, Streitkräfte zu sammeln, und zwar im Rahmen unserer Organisation. Wenn wir erst stark genug seien, würde es uns ein Leichtes sein, mit Hilfe der organisirten Arbeiterchaft uns den Maximalarbeitstag zu erringen.

In der folgenden Diskussion hatte zunächst Jöst-Offenbach zu einigen Ergänzungen das Wort, alsdann Bayer-Freiburg, welcher meinte, man solle die Sache mit dem Maximalarbeitstag nicht so überstürzen, oder solle wenigstens den Meistern insofern entgegenkommen, daß man Ueberstunden zulassen solle, die bezahlt werden müßten. Kahl-Gera trat den Ausführungen Bayer's ganz entschieden entgegen, er meinte, von einer Ueberstürzung könne wohl keine Rede mehr sein, wenn es bereits drei Jahre gebauert habe, ohne daß etwas geschehen sei. Was die Ueberstunden anbelange, so sei es zuerum kein Maximalarbeitstag mehr, wenn solche gemacht würden, man würde damit einfach den Herren Unternehmern eine Waffe in die Hand geben, für die lasse ja der Geleggeber schon die nöthigen Hintertürchen offen, das beweise uns ja die Sonntagsruhe. Wenn es also nach dem Vorschlag Bayer's ginge, dann bliebe den Gehälfen überhaupt nichts mehr zu thun, man müsse unbedingt die Forderung des zwölfstündigen Maximalarbeitstages hochhalten. An der weiteren Diskussion theilnahmen sich noch Trageser-Frankfurt, Roth-Frankfurt, Neubert-Stuttgart, Brendel-Bodenheim, Hepper-Frankfurt und Jöst-Offenbach, die alle den Ausführungen Kahl's-Gera zustimmten. Ein von Jöst-Offenbach eingebrachter Antrag lautet: „Der Kongreß beschließt, im Interesse der Einführung der zwölfstündigen Arbeitszeit und hinsichtlich einer realen Handhabung der gesetzlichen Sonntagsruhe eine Kommission zu ernennen, welche die Aufgabe hat, eine Petition auszuarbeiten und dieselbe der Regierung zu unterbreiten.“ Dieser Antrag ward angenommen und wurden in die Kommission gewählt: Jöst-Offenbach, Kahl-Gera und Trageser-Frankfurt. Hierauf wird um 7 Uhr Abends die Sitzung geschlossen.

### Dritte Sitzung.

Die Sitzung wird um 10 Uhr 15 Minuten durch Tragefer-Frankfurt eröffnet. Als weiterer Vertreter ist Kollege Liescher-Hamburg im Auftrage des Hauptvorstandes vom Verband erschienen. Bei Verlesung des Präsenzialverzeichnisses sind alle Delegirten anwesend bis auf Hepper-Frankfurt, welcher bald darauf erscheint. Es erhält zunächst Kahl-Gera das Wort zur Verlesung des Protokolls. Da Einwendungen nicht gemacht werden, so wird dasselbe für angenommen erklärt. Zunächst wird ein aus Gera eingegangenes Begrüßungsschreiben verlesen. Hierauf wird die von der Kommission ausgearbeitete Petition verlesen. Dieselbe lautet:

An

die Hohe Regierung des deutschen Reiches.

Der am 16. und 17. August getragene Kongress der süd- und mitteldeutschen Bäckereiarbeiter zu Frankfurt a. M. richtet an E. M. Regierung das Ersuchen, endlich einmal und ohne hin und wieder unter den ungünstigsten Verhältnissen lebenden Bäckereiarbeitern einigermaßen entgegen zu kommen und den zwölfstündigen Maximalarbeitstag im Bäckergewerbe, mit welchem man sich auf Seiten der Hohen Regierung schon über drei Jahre befaßt, gesetzlich in Kraft treten zu lassen.

Ferner spricht der Kongress sein Bedauern darüber aus, daß man seitens der Polizeibehörden ruhig mit zusehen konnte, daß eine gesetzlich geschaffene Sonntagsruhe in einer Weise seitens der Bäckereibesitzer gehandhabt wird, wie laut Bericht sämtlicher Delegirten, es der Fall ist, welche klar darlegen, daß trotz der getroffenen gesetzlichen Bestimmungen die Arbeitszeit weit über die gesetzliche Zeit hinaus verlängert wird. Dann auch erwartet der Kongress von Hoher Regierung, daß auch in sanitärer Hinsicht, um den oftmals ekelstrebenden Krankheiten der Arbeiter dieser Branche vorzubeugen, die Bäckereibetriebe dem Fabrikinspektorat unterstellt werden. Die Vertreter des Kongresses geben sich der Hoffnung hin, daß seitens der Hohen Regierung unserer Wäntchen zum Wohle der gesamten deutschen Bäckereiarbeiter Rechnung getragen wird.

Mit aller Hochachtung zeichnen ganz ergebenst

Die Vertreter des süd- und mitteldeutschen Bäckerkongresses.

Bei der Abstimmung ergiebt sich die einstimmige Annahme derselben.

Zum vierten Punkt der Tagesordnung: Das „Fachorgan“, feriert Liescher-Hamburg. Er kommt auf die früheren Verhältnisse zurück, wo das Blatt noch Eigentum des früheren Redakteurs war; die Generalversammlung fand hier einen Ausweg, indem sie das Blatt zum Verbandseigentum machte. Redner nimmt dann auf die Verschmelzung des Blattes mit dem der Müller und Konditoren zu sprechen und meint, man solle den am nächsten Beschlusse der Generalversammlung jetzt nicht eilen, sondern warten bis zur nächsten, wo sich vielleicht dann einmal eine derartige Umbahnung ermöglichen lasse. Brendel-Bodenheim spricht gegen diese Ausführungen. Er führt an, daß die Kosten davon viel geringer würden und das Blatt dann vielleicht wöchentlich erscheinen könne; auch würde dieselbe im Falle der Verschmelzung weit mehr zur Auszubildung im Gebiete des Wissens für seine Leser bieten können. Jöst-Offenbach kommt zunächst auf die schon in Hannover geachtete Umbahnung zurück, wo ja eine Einigkeit nicht zu erzielen gewesen sei; auch meint er, die Beiträge seien zu hoch, und wünscht in dieser Angelegenheit eine Urabstimmung von Seiten der Mitgliedschaften; ferner meint er, es habe in Süddeutschland die obligatorische Einführung des Blattes Unwillen erregt. Kahl-Gera meint, daß man sich schließlich auch noch in Süddeutschland damit besreunden werde. An der weiteren Diskussion beteiligen sich noch Liescher-Hamburg, Kirchner-Frankfurt, Hepper-Frankfurt und Jöst-Offenbach.

Ein Antrag Jöst auf Schluß der Debatte wird angenommen und hierauf die Sitzung um 12 Uhr 15 Minuten bis 2 Uhr nachmittags vertagt.

### Vierte Sitzung.

Die Sitzung wird um 2 Uhr 10 Minuten durch Jöst-Offenbach eröffnet. Es erfolgt zunächst die Verlesung der Präsenzialverzeichnisse und ergiebt sich die Anwesenheit sämtlicher Delegirten. Das vorgelesene Protokoll wird ohne Aenderung angenommen.

Bevor in die Tagesordnung eingetreten wird, gelangt ein von den Kollegen Leipziger Gesundheits-Telegramm zur Verlesung. Dasselbe ist von Brendel-Bodenheim folgender Antrag eingegangen: „In Anbetracht der Nothwendigkeit eines Zusammenhanges aller Gewerbe der Lebensmittelbranche, auf das Gefühl der Zusammengehörigkeit auch stets stärkend zu wirken, ist die Verschmelzung der „Bäcker-Zeitung“ mit dem Organ der Müller und Konditoren zur unbedingten Nothwendigkeit geworden. Es ist finanziell ist die Verschmelzung von großem Vortheil, die Herstellungskosten mit 35 pCt., sowie Expedition und Porto sich ändern würden.“

Zur Begründung hat Brendel selbst das Wort. Er weist seinen Ausführungen nochmals auf den Nutzen der Verschmelzung der einzelnen Fachorgane hin. Jöst-Offenbach spricht den Antrag, weil er meint, daß man hier nicht die Meinung der gesamten Bäckereiarbeiter zum Ausdruck bringen dürfe. Bei erfolgter Abstimmung ergiebt sich die Ablehnung des Antrags Brendel mit 7 gegen 3 Stimmen.

Es wird nun in den Punkt 5 der Tagesordnung, „Die Organisationsfrage“, eingetreten, wozu Liescher-Hamburg das Wort hat. Er führt zunächst an, daß man ja in Berlin auf dem Kongress die Zentralorganisation als die beste anerkannt und schildert ferner die Thätigkeit der Organisation von der Zeit an. Er erwähnt einzelne Kämpfe von Seiten der angestrichelten Arbeiter und warnt bei derartigen Kämpfen vor den Dingen vor dem Streik, der immer nur einen Rückschlag unsere Bewegung ausübe.

In der Diskussion hat zunächst Brendel-Bodenheim das Wort; er ist ebenfalls der Ansicht, daß durch Streik nichts für uns zu erringen ist, und empfiehlt vor allen Dingen das Zusammengehen der Arbeiter der gesamten Nahrungsmittelbranche. Tragefer-Frankfurt betont, daß man hier doch auch die Seiten der Meister schon einigermaßen heipelt vor der Organisation habe. An der weiteren Diskussion beteiligten sich Kahl-Gera, Kirchner-Frankfurt, Jöst-Offenbach tritt vor allen Dingen für die Zentralorganisation ein; die Innungen seien die größten Feinde unserer Organisation. Es sprechen noch Brendel-Bodenheim, Liescher-Hamburg, Hepper-Frankfurt.

Es wird hierauf eine Kommission, bestehend aus Kahl-Gera, Brendel und Liescher zur Ausarbeitung einer Resolution bestimmt. Dieselbe lautet: „Der Kongress erachtet hinsichtlich der Organisation die Zentralorganisation als die beste, und durch Anschluß an dieselbe ist es möglich, bessere Zustände

im Bäckergewerbe herbeizuführen. Ferner empfiehlt der Kongress den Delegirten, in allen Städten für den Anschluß an dieselbe zu wirken. Alle drei Verbände (Bäcker, Müller und Konditoren) haben sich nach Möglichkeit in der Agitation zu unterstützen. Bei der Abstimmung wird dieselbe mit allen gegen eine Stimme angenommen.

Zum sechsten Punkt der Tagesordnung: Städtische Arbeitsnachweise und Sprechwachen hat Liescher-Hamburg das Wort, er führt die trassen Zustände des Kommissionsberichts in Berlin vor Augen, ferner wie man von Seiten der Bäckerei, die in einzelnen Städten das Sprechwesen besorgen, bestrebt ist, die Gehälter bis auf's Neueste anzuziehen. Hepper und Tragefer-Frankfurt betonen, daß es in dieser Beziehung bedeutend besser sei wie in Berlin. Neubert-Stuttgart konstatiert, daß auch dort hinsichtlich des Sprechwesens die Ausbeutung der Gehälften an der Tagesordnung ist, er bemerkt, daß die Zustände dort viel schlimmer sind als wie sie oft geschildert werden. Jöst-Offenbach erklärt den Anschluß an die städtischen Arbeitsnachweise für bedeutend besser als unser Sprechwesen. An der weiteren Diskussion beteiligten sich Kirchner-Frankfurt, Groß-Heilbronn, Brendel-Bodenheim, Kahl-Gera. Letztere Beide sprechen sich entschieden gegen die städtischen Arbeitsämter aus, weil die Bewältigung derselben zum großen Theil eine bürokratische sei, den Arbeitern also auf keinen Fall Rechnung getragen wird. Jöst-Offenbach bringt folgende Resolution in Betreff des Sprechwesens ein:

Der Kongress verurtheilt entschieden das Sprechwesen der sogenannten Bäckereinnungen, stellt sich sympathisch den städtischen Arbeitsnachweisen gegenüber, hält es aber für vortheilhaft, daß überall da, wo es möglich ist, die Gehälften dasselbe selbst in die Hand nehmen. Dieselbe wird angenommen.

Zu Punkt 7: „Gewerkschaftliches“, kommt Hepper-Frankfurt auf die Zustände in der Frankfurter Genossenschaftsbäckerei zu sprechen. Liescher-Hamburg meint, daß die Arbeiter oftmals noch nicht reif genug wären, ein derartiges Institut zu leiten, sei das doch der Fall, so könnte eine solche auch funktionieren und bestehen. Jöst-Offenbach spricht sich gegen die Genossenschaften aus, weil sie niemals zum Wohle der Organisation seien und giebt seiner Stellung hierzu in einer Resolution Ausdruck, in welcher vor Gründung von Genossenschaften gewarnt wird. Dieselbe wurde gegen zwei Stimmen angenommen.

Der Vorsitzende richtet, da man am Schluß des Kongresses angekommen ist, noch einige ernste Mahnungsworte an die Delegirten, daß sie bei ihrer Rückkehr für unsere gerechte Sache weiter kämpfen.

Kahl-Gera dankt im Namen der Delegirten den Frankfurtern für die freundliche Aufnahme, welche man hier gefunden habe und wünscht, daß die süddeutschen Kollegen auch fernerhin mit uns gemeinsam für unsere Menschenrechte kämpfen mögen.

Hierauf schließt der Vorsitzende mit einem Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung den Kongress.

Wilhelm Kahl, Schriftführer.

### Berjammlungen.

(Die Schriftführer werden ersucht, schmales Papier zu gebrauchen und auf einer Seite zu beschreiben.)

**Lübeck.** Am Sonntag den 1. d. M., fand die übliche Monatsversammlung statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Vereinsangelegenheiten. 2. Bericht vom Vertreter des Gewerbegerichts und Wahl eines Beisitzers zum Gewerbegericht. 3. Wahl von zwei Ausschussmitgliedern. 4. Anschaffung einer neuen Fahne. 5. Urabstimmung über den Antrag des Hauptvorstandes, betreffs Verschmelzung des Fachorgans mit dem Organ der Müller und Konditoren. 6. Verschiedenes. Neben einige Kollegen dem Verbands neu beigetreten waren und Auswärtige ihre Beiträge entrichtet hatten, ging man zum zweiten Punkt über, wozu Kollege Wels, welcher bis dahin als Beisitzer zum Gewerbegericht fungirt hatte, einen längeren Vortrag hielt und sei hervorzuheben, daß die Amtsdauer zwei Jahre währt, welche am 1. Oktober abgelaufen sind. Die Neugewählten müssen bis zum 15. d. M. angemeldet sein. Wählbar ist jeder großjährige Arbeiter, welcher das 30. Lebensjahr überschritten und zwei Jahre als Handwerker gearbeitet hat. Wählen kann jeder Großjährige, der das 25. Lebensjahr überschritten und zwei Jahre in seinem Handwerk gearbeitet hat. Als Beisitzer wurde Kollege Wels einstimmig wiedergewählt. Sodann ging man zum dritten Punkt über. Die bisherigen Ausschussmitglieder Gottheimer und Blau haben vor einiger Zeit Lübeck verlassen und wurden dafür gewählt Birrit und Girich. Sodann ging man zu Punkt 4 über: Es wurde von einigen Kollegen das Bedürfnis, eine neue Fahne anzuschaffen, erörtert, worauf einstimmig beschlossen wurde, einen Sammelbogen bei den Kollegen zirkuliren zu lassen. Punkt 5, die Verschmelzung des Fachblattes mit dem Fachblatt der Müller und Konditoren betreffend, wurde einstimmig abgelehnt. Unter „Verschiedenes“ wurde von Birrit erwähnt, Punkt 6, „Gründung einer Vergnügungskasse“, auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung zu setzen. Für Schröder und Genossen wurden in der Versammlung freiwillig M. 135 gesammelt. Darauf wurde die von 18 Mitgliedern besuchte Versammlung geschlossen.

**Kostock.** Am 26. August fand eine öffentliche Bäckerverammlung statt, welche von 28 Bäckern und 4 Nichtbäckern besucht war; Meister waren nicht anwesend. Kollege Wilken eröffnete als Einberufer die Versammlung und forderte zur Wahl eines Bureau's auf. Rußbaum schlägt vor, als ersten Vorsitzenden Wilken, als zweiten Vorsitzenden Schulz und als Schriftführer Dober zu wählen. Buhl bemängelt, daß zum zweiten Vorsitzenden Schulz vorgeschlagen sei, der doch seit Jahren nicht mehr im Bäckergewerbe thätig sei und schlägt für diesen Fied vor. Darauf erfolgt die Abstimmung einzeln und wird zum ersten Vorsitzenden Wilken, zum zweiten Vorsitzenden Schulz und zum Schriftführer Dober gewählt. Der Vorsitzende erteilt darauf dem Referenten, Kollegen Kretschmer-Hamburg, das Wort. Dieser bedauert zunächst den Vorfall bei der Bureauwahl, der auf's Neue den traurigen Beweis geliefert, daß es immer noch Kollegen giebt, deren Gesichtskreis so eng begrenzt sei, daß sie dieselben einbilden könnten, noch etwas viel Höheres als Arbeiter zu sein. Sodann bespricht derselbe in seinem einstündigen Vortrage das Koalitionsrecht und betont, die Ausnutzung desselben sei das einzige uns zu Gebote stehende Mittel zur Besserung unserer Lage, und eine Brutalität der hiesigen Innung sei es, uns dieses Recht durch die sogenannten famosen Sprechparagrafen rauben zu wollen. Dieser Brutalität könne nur durch den Beitritt der hiesigen Gesellen zum Verbands ein Damm entgegengeleitet werden, da sich die von der Brüderlichkeit gewählten Mitglieder stets zu schwach dazu erwiesen hätten und deren Versammlungen nur Rabauerverammlungen seien. — Hierauf eröffnete der Vorsitzende die Diskussion; das Wort erhält Kollege

Buhl. Dieser suchte zu beweisen, daß das Kapital auf das Bäckergewerbe nicht so ruinös wirkten könne wegen der geschäftlichen Beziehungen, welche der Meister seinen Kunden gegenüber unterhält. Kollege Fied als Vizepräsident der Brüderlichkeit verwahrt sich dagegen, daß diese nach den Ausführungen des Referenten eine Abangewandtschaft sei. Die Rabauermacher in der Brüderlichkeit seien nicht die daselbst anwesenden Mitglieder des Fachvereins. Der Vorsitzende trat dem entgegen und fragte, ob denn das Aufhauen auf den Tisch mit dem Abgelassenen nicht genug Rabau sei. Sodann tritt der Referent den Ausführungen des Kollegen Buhl entgegen und weist nach, daß in unserem Gewerbe die Technik noch in den Kinderschuhen stehe und durch eine bestimmte zu erwartende Verbollkommnung der Maschinen immer mehr menschliche Arbeitskräfte entbehrlieh würden. In Breslau seien z. B. in einer Bäckerei mit 34 Oefen nur noch 58 Gesellen nothwendig. Buhl behauptet, daß der Verband auch nicht helfen könne, dies beweise ja die Petition an den Reichstag; er habe diese auch mit unterschrieben, sie habe aber nichts genützt. Auch die Sonntagsruhe hätte für uns keinen Nutzen, denn es würde auch jetzt hierorts noch in manchen Bäckereien Sonntags bis Mittag gearbeitet. Schließlich verweist sich Redner zu der Behauptung: Wir würden durch längere Arbeitszeit und höhere Löhne unser Handwerk ruiniren. Kollege Dober erwiderte, der Vortrager möge doch nicht immer glauben machen wollen, daß durch längere Arbeitszeit und höhere Löhne unser Gewerbe ruinirt werde. Es bedeute diese Forderung doch genau dasselbe, wie wenn der Sach Mehl M. 10 theurer werde, den Lohn bezahle doch nur mittelbar immer das Publikum. Dagegen wendete Buhl ein, wir wollten doch für die Arbeiter sorgen, und wenn unser Lohn höher wäre, erhielten letztere fleineres Brot, worauf Dober antwortete, daß wir vor allen Dingen hier wären, um für uns zu sorgen. Dann bewies Rußbaum dem Kollegen Buhl, daß die Wirkungslosigkeit der Petition nicht dem Verbands, sondern den unorganisirten Kollegen zur Last falle, weil sie dieselbe nicht durch ihre Unterthätigkeit unterstützt hätten. Der Vorsitzende weist nach, daß in Bäckereien nur solche Gehälften während der Zeit der Sonntagsruhe arbeiten dürfen, die nachweislich Konditoren erlernt hätten. Referent Kretschmer: Wenn der Satz: „Eelig sind, die geistig arm sind, denn das Himmelreich ist ihrer“ wahr ist, so müsse er annehmen, daß Buhl auf das Himmelreich abhauen habe. Er begehrte nicht, daß diesem ein höherer Lohn skaden thue, und da sich wahrscheinlich die Meister nicht bereit finden würden, ihren Gesellen 50 M die Woche zuzulegen, so müßten wir es eben verlangen. Ferner müsse er auf Grund der Aeußerung des Kollegen Buhl, daß hierorts in manchen Bäckereien am Sonntag bis Mittag gearbeitet werde, den Überwachenden Beamten auffordern, diese Fälle zur Bestrafung zu ziehen. Da jedoch der Beamte an der Verlegenheit des Kollegen Buhl merkte, daß diesem belagte Aeußerung in der Höhe des Gehaltes enthielte sei und er auch nicht Willens schien die Sache auf die Spitze zu treiben, erhält Kollege Schulz das Wort. Dieser begründet zunächst, weshalb er der Bäckerei vorläufig entläßt habe und daß er sein erlerntes Handwerk wieder aufnehmen werde, wenn die Lohnverhältnisse einen auskömmlichen Familienunterhalt gewährleisten. Ferner bespricht er die Gefinnungsänderung eines hiesigen Innungsmeysters, welcher letztes Frühjahr einen Kontrakt mit der Sozialdemokratie habe schließen wollen, der aber schließlich in die Brüche gegangen sei. Hierauf schließt sich eine lange, einseitige Diskussion zwischen Schulz und Buhl über diesen Vorfall. Sodann wird folgende Resolution verlesen und gegen sechs Stimmen angenommen: „Die heutige öffentliche Bäckerverammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden und erbt sich in dem Reglement für das hiesige Sprechwesen, genannt „Pflichten eines in Kostock arbeitenden Bäckereigenen“, eine Brutalität der Innung gegenüber den Gesellen. Da dieses jedoch nicht zu erwarten, ersuchen die anwesenden Bäder die Arbeiterschaft, sie im Kampfe gegen ein brutales Unternehmertum zu unterstützen.“

**Berlin.** Am 10. d. M. fand hier die regelmäßige Verbandsversammlung statt. Nach Erledigung des Rechenschaftsberichtes, wobei dem Kassirer einstimmig Decharge erteilt wurde, trat man ein in die Wahl eines zweiten Kassirers, sowie eines Bibliothekars. Als gewählt gingen hervor als zweiter Kassirer Kollege Venz und als Bibliothekar Kollege Brieskorn. Alsdann hielt Genosse Dr. Binn einen Vortrag über „Alte und neue Zeit.“ Unter „Gewerkschaftliches“ wurde die Frage einer allgemeinen Statistik über die Bäckereien Berlins angeregt und lebhaft diskutiert. Die Mehrzahl der Redner hielt jedoch die Statistik vorläufig, besonders in finanzieller Hinsicht, für verfrüht, und wurde besonders betont, für's Erste einen Arbeitsnachweis für die Verbandsmitglieder einzurichten. Es wurde beschlossen, eine laufende Statistik über die Arbeitslosigkeit der Mitglieder, sowie über die Gelder, welche an Stellenvermittler für die erhaltenen Arbeiten gezahlt worden sind, einzurichten, jedoch aber auch die Frage einer allgemeinen Statistik im Auge zu behalten. Dagegen Statistik soll am Schluß des Jahres im Jahresbericht veröffentlicht werden. Zum Schluß wurden noch Beschwerden geäußert, daß die Meister so wenig die gesetzlich Sonntagsruhe in Acht halten. Die Mitglieder werden aufgefordert, alle derartigen Fälle dem Vorstande zur Anzeige zu bringen, welcher das Weitere veranlassen wird. Der Vorsitzende macht noch aufmerksam auf das Herbstkränzchen am 17. November, und schließt hierauf die Versammlung.

**Anmerkung des Schriftführers:** Die Berliner Verbandsmitglieder werden aufgefordert, sich doch zahlreicher an den monatlichen Verbandsversammlungen zu beteiligen. Es zeugt wahrlich nicht gerade von großem Interesse, wenn von circa 100 Mitgliedern einige 40 anwesend sind. Der Vorstand macht Ausgaben für Vorträge, und außerdem stehen jetzt in einer solchen bewegten Zeit für Bäder hochwichtige Fragen, wie Sonntagsruhe und Maximalarbeitstag auf der Tagesordnung, daß es wohl kein Mitglied versäumen dürfte, monatlich wenigstens einmal mit seinen Kollegen zusammen zu kommen und über das Wohl und Wehe des Verbandes, sowie über unsere gemeinsame Bewegung zu berathen. Nicht gleichgültig, unthätig zuzusehen, sondern freudig und selbstbewußt mitarbeiten an unserer Befreiung aus den schlechten Arbeitsverhältnissen, das sei die Parole jedes Verbandsmitgliedes, dann geht es vorwärts! In Bezug auf obgenannte Statistik werden die Mitglieder gebeten, die Notigen zu machen über die Dauer der Arbeitslosigkeit, die sie seit dem 1. Januar 1895 betroffen hat, sowohl auch über die Bezahlungen an Kommissionäre für die zugewiesenen Arbeiten, damit die in nächster Zeit zur Veröffentlichung gelangenden Fragebogen wahrheits- und sachgemäß ausgefüllt werden.

**Kottbus.** Am 23. August fand hier eine öffentliche Bäckerverammlung statt, in welcher Genosse Kretschmer-Hamburg über den Werth der Organisation bei den Bäckern referierte. Die

Verklamung war von circa 85 Gefellen und fast ebensoviel Meistern besucht, welche mit Interesse dem Vortrage folgten. In ruhiger und sachlicher Weise schilderte Redner die Verhältnisse im Bäckergewerbe und empfahl den Gehülften, sich dem Verband anzuschließen, um gemeinsam die traurigen Zustände beseitigen zu können. Es zeichneten sich denn auch sofort eine Menge Gehülften in die ausgelegten Listen ein, um hier eine Fälligkeit des deutschen Bäckerverbandes ins Leben zu rufen. Anerkannt muß werden, daß die anwesenden Herren Meister, entgegen ihrem früheren Bestreben, die Gehülften von der Organisation abzuhalten, diesmal selbst ihnen zurechneten, daß dem Verband anzuschließen, da es für beide Theile vorthellhaft sei. Und so ist es auch recht. Denn durch eine fruchtvolle Organisation der Gehülften wird es möglich sein, einen gleichmäßigen und ständigen Lohn und eine möglichst gleichmäßige geregelte Arbeit herbeizuführen, und dadurch muß naturgemäß auch der Konkurrenz ein Damm gesetzt werden. Was die Konkurrenz aber zu bedeuten hat, das empfinden die heiligen Bäcker wohl augenblicklich recht deutlich. Ein unternehmendes Kaufmann ist nämlich auf den Gedanken gekommen, hierorts eine große Brotfabrik zu errichten, und um seine Konkurrenten aus dem Felde zu schlagen, liefert derselbe das Brot kräftiger, größer und billiger als die übrigen. Der Absatz seiner Waare ist deshalb augenblicklich ein ungeheurer. Es sind circa 15 Bäder beschäftigt, welche in mehreren Tagen und Nacht Brot herstellen. Die übrigen Bäckermeister bemühen sich natürlich, dasselbe zu bieten, so daß die Konsumenten als Lagerstätte, gutes und billiges Brot erhalten. Eine natürliche Folge dieses Streites wird jedoch die sein, daß ein Anzuga weniger kapitalistischer Existenzen in diesem Kampfe unterliegen wird. Denn auch das Bestreben, sich an dem geringen Lohn ihrer Arbeiter zunächst schadlos zu halten, aber statt mit Gehülften mit Beherrschungen zu arbeiten, wird dieselben vor dem Untergange nicht schützen. Um so erfreulicher ist es, daß sich die Bäckergehülften ihrer Organisation anschließen. Sade der Rotbühler Arbeiterschaft als Hauptmomentum wird es sein, diese Bewegung zu unterstützen und in erster Linie darauf zu achten, daß die Arbeiter nicht ihren Bedarf da decken, wo das Brot durch übermäßige Ausbeutung und schlechte Bezahlung der betreffenden Arbeiter um einige Gramm schwerer ist, als dort, wo man weiß, daß die Waare in reinlichen, gefahrlosen Räumen, von anständig bezahlten und organisierten Arbeitern hergestellt wird. Wir werden in nächster Zeit ab und zu diejenigen Bäckergehülften, welche sich dem Verband angeschlossen haben, in der Unterführung der Rotbühler Arbeiterschaft könnt Ihr alsdann über sein.

**Stuttgart.** Hier fand am 9. August eine öffentliche Bäckerversammlung statt, welche außerordentlich zahlreich besucht war. Als Referent war Kollege Jöst aus Offenbach erschienen, welcher über die Lage der Bäckereiarbeiter und den Werth der Organisation referirte. Derselbe legte an der Hand statistischen Materials, sowie auch aus eigenen gemachten Erfahrungen den anwesenden Kollegen klar dar, wie gerade unter aller Menschlichkeit hohen sprechenden Zuständen die Arbeiter dieser Branche zu leiden haben, und wie das prozenthafte Unternehmerrthum heutzutage mit besonderer Rücksichtslosigkeit die Bestrebungen der Gehülften, ihre Lage zu bessern, zu unterdrücken sucht. Er betonte, daß es eine unbedingte Nothwendigkeit sei, die Bäckereibetriebe den Fabrikinspektoren zu unterstellen. Die Schlaf- und Arbeitsräume seien oftmals die wahren Pesthöhlen, und was die Lagerstätten der Gehülften anbeträfe, so stehen die Fälle nicht vereinzelt da, daß dieselben von Insekten aller Art wimmeln. In manchen Städten habe sich die Sitte eingebürgert, daß 2 und 3 Gehülften ein Bett (wenn man sich so ausdrücken dürfte) zu theilen haben, und hierbei sei gewiß nicht ausgeschlossen, daß die logenartigen Hautkrankheiten auf eine Anzahl von Arbeitern weiter übertragen worden. Aber trotzdem habe man sich von Seiten der Gesundheits- und Wohlfahrtspolizeibehörde wenig darum gekümmert, um solche Zustände einmal bei Seite zu schaffen. Die Arbeitszeit sei eine übermäßig lange, und eine gesetzliche Grenze darin wäre sehr vortheilhaft, aber trotzdem man sich seitens der Regierung schon über drei Jahre damit befaßt, den zwölfstündigen Kapitalarbeitstag einzuführen, ist bis jetzt noch nichts weiter geschehen. Die gesetzliche Sonntagsruhe heißt laßt viel zu wünschen übrig, die Meister fragen nichts nach den erlassenen Bestimmungen und die Polizei kümmert sich auch nicht weiter um die reelle Handhabung des Gesetzes in dieser Hinsicht. Nachdem der Referent noch eingehend das Sprechen über die Bedeutung und den Werth der Organisation klarlegte, schloß derselbe seine trefflichen Ausführungen unter hübschem Beifall der Kollegen an der darauf folgenden Diskussion theilhaftig sich zunächst Kollege Vogel welcher sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklärte und darauf hinwies, wie auch in Stuttgart die Bäckergehülften unter den elendesten Zuständen zu leiden haben, und daß es an der Zeit sei, daß sich die Gehülften einmal aufreihen und ihre Gesuche selbst in die Hand nehmen, resp. sich organisiren lassen. Derselbe schloß seine Ausführungen mit dem Hinweis, daß die Gehülften sich auch in Stuttgart zu einem gemeinsamen Zusammenschluß auf. Von den anwesenden Meistern ergriff nach Aufforderung des Referenten nur einer das Wort, welcher auch eine Verbesserung der Lage der Gehülften wünschte. Mit einem Hoch auf die Arbeiterbewegung wurde die von gutem Geist beherrschte Versammlung nach Annahme einer entsprechenden Resolution geschlossen.

### Gewerkschaftliches.

**Bäckerstreik.** Am 31. August brach in Stanislau (Galizien) ein Streik der Bäckereiarbeiter aus. Das nöthige Brot wurde vom Militär herbeigeholt und der Streik nach einigen Tagen mit wenigen Zugeständnissen beendet. An selber Tage haben die Bäckereiarbeiter in Klagenfurt den Streik proklamiert, nachdem die am 27. August überreichten Forderungen nicht beantwortet wurden. Die Klagenfurter wandten sich um Unterstützung nach Wien und es wurden 50 fl. geendet. Ein näherer Bericht ist noch ausständig. Bis zum 7. September sind 7 Bäckereien, welche die Forderungen theilweise befreit haben, die Arbeit wieder aufgenommen.

### Sozialpolitisches.

Eine große Illustration zur Darstellung der Arbeiterbewegung hat die am 5. Juli in Hamburg stattgefundene Bäckereimeisterversammlung, in welcher der Herr Reichsminister ganz erbot haben über eine Verfassung der Bäckerei. Die angeführten Lehren sind in der Folgezeit die wichtigsten Lehren für die Bäckerei. Die Strafe wurde als Gewerbebehörde erster Instanz für jeden Gewerksinhaber bemessen, die wahrscheinlich

so „Aberhapp“, ohne Berücksichtigung der näheren Umstände, wie viel und welche Zeit Beiträge geschunden wurden. Das erschien den „Gewerkschaftsleuten“ so horrend, daß sie beschloffen haben, Refus zu ergehen. Gleichzeitig haben sie erklärt, sie können in dieser Uebertretung nichts Strafbares erblicken, welche Ansicht auch in dem von der Genossenschaft beigestellten Refus Ausdruck findet, allerdings mit den gewöhnlichen devoten Wünschen und unterthänigsten Bitten, womit die Herren stets noch das gewünschte Ziel bei unseren Behörden erreichen, denn das gehört so zu dem „staatsbehaltenden Element“, daß man nach unten tritt und nach oben kriecht.

### Literarisches.

**Der „Sozialdemokrat“,** Central-Wochenblatt der sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Expedition in Berlin SW, Unter den Eichen 10).

Die Nr. 36 vom 6. September hat folgenden Inhalt: Wochenchau. — Einige neue Vorschläge zum Agrarprogramm. — Die finanzielle Lage der englischen Gewerkschaften. — Herr von Kottenburg und die Künstler. — Zum Essener Meineldeprogr. — Ueber die Bewegung für das Stimmrecht der Frauen in England. — Die räumliche Sozialdemokratie und die jüdischen Arbeiter. — Parteinachrichten. — Wie man uns behandelt. — Lobtenliste. — Versammlungsstimmen zum Agrarprogramm. — Lohnbewegung und Streiks in der Schweiz seit 1880. — Gewerkschaftliches. — Literarisches.

Die Nr. 37 vom 12. September hat folgenden Inhalt: Wochenchau. — Der Staatstreich der alten Gewerkschaften in England. — Der „Sozialdemokrat“ und das Agrarprogramm. — Zwei verschollene Vertheidigungskredite von Karl Marx und Friedrich Engels. — Parteinachrichten. — Versammlungsstimmen zum Agrarprogramm. — Zur Agrardebatte. — Arbeiterinnenbewegung. — Aus Australien. Arbeiterorganisationen. — Wie man uns behandelt. — Vermischtes. — Literarisches.

**„Soziale Praxis, Centralblatt für Sozialpolitik.“** Berlin, Carl Heymann's Verlag, enthält in ihrer neuesten Nr. 51 folgenden leitenden Aufsatz: Die Sauberkeit in deutschen Bäckereien und Konditoreien. Von Privatdozent Dr. R. Oldenberg. Aus dem Nothentheil haben wir hervor: Allgemeine Sozial- und Wirtschaftspolitik: Vom deutschen Genossenschaftstage. Von Dr. Hans Erüger. — Konsumvereine und Sozialdemokratie in Deutschland. — Zentralamt für Arbeiterstatistik in Frankreich. — Verbot christlich-sozialer Vorträge in der sozialwissenschaftlichen Studentenvereinigung in Greifswald. — Kommunale Sozialpolitik: Minimallohn bei Vergebung provincialer Arbeiten in Ostpreußen. — Arbeiterforderungen in Bezug auf die Vergebung häuslicher Arbeiten in Altona. — XX. Brandenburgischer Städtetag. — Das englische Gemeindegesetz von 1894. — Arbeiterschutz und Gewerbeinspektion: Bessere Aufsicht über den Schatz von Jugendlichen und Arbeiterinnen in Preußen. — Sonntagsruhe im Friseur- und Barbiergewerbe. — Gewerbegerichte. Einigungsämter, Arbeiterausschüsse: Arbeiterausschüsse in preussischen Fabriken u. A. m.

### Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bäcker und verw. Berufsgenossen Deutschlands (E. N. 42).

Protokollauszüge der Sitzungen vom 3., 17., 24. und 31. Mai, 7., 14. und 21. Juni und 1., 5., 12 und 26. Juli 1895.

Beitrittserklärungen nach § 2 erfolgten 327, Ausschüsse nach § 4 211, Ueberweisungen nach § 7 52, Bestrafungen nach § 9 in 22 Fällen mit einer Gesamtsumme von M. 83.

Allgemeine Erledigungen. Frankfurt a. M. Die Ergänzungswahl der dortigen örtlichen Verwaltung vom 15. 5. 95, Paul Vogel (Buchn. 6447) und Jakob Hölzle (Buchn. 7032) als Revisoren, sowie die Ergänzungswahl in Offenbach a. M. vom 15. 5. 95, Albert Wagner (Buchn. 6726), als Revisor wurde bestätigt. Dergleichen bestätigte der Kassenvorstand die Ergänzungswahl vom 21. 5. 95 in Dresden, Gustav Wenzel (Buchn. 632) als Revisor.

Zentralstelle. In Sachen Bruno Höppler beschloß der Kassenvorstand, die Forderung der ruhenden Beiträge bis auf M. 3.90 zu reduzieren, und falls der Beklagte die bereits entstandenen Kosten begleicht, die Klage zurückzuziehen.

Weitere Kenntnismahme der Anerkennung bezw. Unterzeichnung des Kontrakts, betreffend das Kassensorgan, durch den Herausgeber Herrn Oskar Altmann in Hamburg, im Auftrage des Verbandes der Bäcker Deutschlands.

Ferner beschloß man, die Beiträge der ausgeschlossenen Mitglieder Oskar Uhlmann (Buchn. 1263) und August Henke (Buchn. 2076) einzuklagen.

Zu Weiteren nahm der Kassenvorstand Kenntnismahme von der Konstituierung des von der Generalversammlung am 28. und

29. Juni gewählten Ausschusses, darnach sind gewählt: Oskar Wadelsen als erster Vorsitzender, Cotta bei Dresden, Schangenstraße 17; Ernst Proge, als Stellvertreter; Paul Fichtner als Schriftführer; August Teichgräber und Oswald Döring als Beisitzer.

In Sachen des Sterbekasses Albert Luge, vom 22. 6. 95, beschloß man, die Forderung des Sterbekasses abzuweisen, da sich derselbe bereits im März 1895 aus der Kasse schriftlich abgemeldet hat.

Oldenburg. Die Erweiterung des Bezirks der örtlichen Verwaltung wurde vorläufig vertagt.

Düsseldorf. Der Kassenvorstand nahm Kenntnismahme von einer irrthümlich erfolgten Anzeige im Kassensorgan vom 12. Juni, indem bereits am 28. Mai die Wahl stattgefunden hat, die dadurch entstandenen Kosten werden dem Bevollmächtigten Johann Esser auferlegt. Daß Letzterer immer noch krank darniederliegt, zeigt die dortige Verwaltung an, und wird zwecks Weiterführung der Geschäfte dem Stellvertreter Gustav Wellmann neues Material zugesandt. In der Sitzung vom 26. 7. 95 nimmt man Kenntnismahme von dem Ableben des Bevollmächtigten Johann Esser am 11. 7. infolge Herzschwäche, und ehrt dessen Andenken durch Erheben von den Plätzen.

Berlin. In Sachen der Unterstützungskasse Kraunus und Hoppe beschloß der Kassenvorstand nach § 7, 3. 19, daß den Betreffenden noch zustehende Krankengeld, für Kraunus 48 Tage, für Hoppe 55 Tage, à M. 1.55, der Armenverwaltung zu übertragen.

Harburg. Kenntnismahme des Wahlprotokolls vom 9. Juni 1895 und Bestätigung der gewählten Verwaltungsmitglieder: Joseph Neugebauer (Buchn. 6548) als Bevollmächtigter; August Knaat (Buchn. 6623) als Stellvertreter; Julius Mayer (Buchn. 6578) als Schriftführer, Bernhard Straßberger (Buchn. 6624) als Stellvertreter; Robert Krödel (Buchn. 6527), Wilhelm Rühmann (Buchn. 6630) und Franz Naumann (Buchn. 6505) als Revisoren. Dergleichen wurde Kenntnismahme genommen von einer eingegangenen, M. 100 betragenden Kautions des Bevollmächtigten Joseph Neugebauer, es erfolgt die zinsbare Anlegung, sowie Ausstellung der Kautionspapiere, ebenfalls nahm man Kenntnismahme von dem eingegangenen Kautionszeugnissen des bisherigen Bevollmächtigten Robert Treiber, eines über M. 20,20, das andere über M. 27 und beschloß, nach erledigter Abbezw. Uebernahme der Geschäfte laut Uebergabeprotokoll, die Kautions auszuzahlen, sowie dem Bevollmächtigten Robert Treiber im Namen der Kasse einen Dank auszusprechen für die regelrechte Geschäftsführung der örtlichen Verwaltung Harburg.

Der Kassenvorstand.  
J. A. Friedrich Fischer, Schriftführer.

### Verbands-Kalender.

Altona. E. Druß, Ede Brun' und Gr. Bergstr. Reiseunterf. M. 1. Jeden ersten Mittwoch im Monat Mitgliederversammlung bei Herrn Echhoff, Gr. Freiheit.

Baut-Wilhelmschaven. Wwe. Feld, Grenzstraße 5, Neubremen. Reiseunterstützung beim Kollegen Dirks, Konsumbäckerei. Mitgliederbes. am ersten Sonntag nach dem 1. und 15. jedes Monats in obigem Lokal.

Berlin. Gasth. Nollig, Neue Friedrichstr. 44. Reiseunterf. M. 1 bei Kollegen Leupel, Ostbahnhof 3, Bäckerei. Jeden zweiten Dienstag im Monat regelmäßige Mitgliederversammlung im Vereinslokale.

Bremen. Gasthaus Wegel, Ansgariorstr. 12. Reiseunterf. M. 1 ebendort. Jeden ersten Sonntag im Monat regelmäßige Mitgliederversammlung.

Breslau. Zentral-Herberge „Drei Tauben“, Neumarkt.

Cottbus. Ulyner's Restaurant „Zum Stern“, Spreestr. 12.

Flensburg. Reiseunterf. 50 M. b. J. Bellin, Dorotheenstr. 10.

Frankfurt a. M. Gastwirth Probst, Alte Mainzerstraße 16. Reiseunterf. M. 1 bei Kassirer Wiltz, Horer, Altegasse 13.

Gera. Verbandsherberge Bärenstraße 6. Reiseunterf. 50 M. b. Kollegen Hugel, Altenburgerstr.

Hannover. Knochenhauerstr. 41. Reiseunterf. 50 M.

Hamburg. Reiseunterf. M. 1 b. Kollegen A. Rothe, Wegstr. 32.

Kiel. Alte Reihe 8. Reiseunterf. M. 1.

Leipzig. „Flora“, Windmühlenstr. 16. Reiseunterf. M. 1, Bertrauensmann Wreesmann, Konsumbäckerei.

Lübeck. „Stadt Schleswig“, Hundestr. 14. Reiseunterf. M. 1. Mitgliederversammlung jeden 1. Sonntag im Monat.

Lüneburg. Reiseunterf. b. Kollegen B. Klisch.

Mannheim. „Gasthaus zum Brinz Heintz“.

München. Zentral-Herberge, Sendlingerstr., „Gambrius“.

Münster i. W. Reiseunterf. b. Kolleg. V. Wüther, Sonnenstr. 77.

Offenbach. Reiseunterf. b. Kollegen E. Jöst, Schloßstr. 17.

Potsdam. Reiseunterf. b. Kollegen R. Frömberg, Uhlmannstr. 22.

Strasbourg i. E. Reiseunterf., Zentralherb. Alte Kornstraße 1.

Wiesbaden. Reiseunterf. b. Kollegen G. Wauff, Nerostr. 9.

### Anzeigen.

**Achtung, Bäcker Hamburg!**

Donnerstag, d. 26. September, Nachmittags 4 1/2 Uhr, bei Reiskner, Pohe Bleichen 30.

### Große öffentliche Bäckerversammlung

Tagessordnung:

1. Vortrag des Genossen Vegie n.
  2. Vollen wir uns an dem Fall, welcher vom Herbergsbater arrangirt wird, theilnehmen, oder Stellung dagegen nehmen, daß immer noch eine Anzahl Kollegen im Schlepptau der Janung marschiren?
  3. Wie erzwingen wir die Einhaltung der Sonntagsruhe?
- Kollegen, sorgt dafür, daß diese Versammlung voll besetzt wird, denn es ist jetzt an der Zeit, Stellung zu nehmen gegen das Gebahren des Herbergsbaters.
- Der Einberufer.

### Achtung!

Die Kollegen, welche Auskunft über den Aufenthaltort des Bäckers

### Rudolph Schauer

geben können, werden ersucht, der Redaktion dieses Blattes sofort Mittheilung hieron zu machen, da derselbe in einer gegen ein tüchtiges Verbandsmitglied angehängten Verleumdungsklage als Entlastungszeuge unentbehrlich ist.

R. Schauer (geb. Desterreicher) war bis Ende 1893 in Bremen, arbeitete dann bis März 1894 im Konsum zu Bant, darauf arbeitete er in Jever und ging dann wieder nach Bremen. Um schleunige Mittheilung bittet Die Redaktion.

### „Der Zeitgeist“

Organ aller in der Nahrungsmittel-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, Wien-Friedrichshaus (Neubaugürtel 44) erscheint jeden 1. und 3. Donnerstag im Monat und kostet für Deutschland pro Quartal 60 M.

### Sitzung

### Verbands-Vorstandes

am Dienstag, den 24. Sept., Nachmittags 5 Uhr,

in den Geschäftsräumen der Produktiv-Genossenschaft, Idastraße 15/17.

Tagessordnung:

1. Resultat der Urabstimmung.
  2. Versuchsweise Einführung einer Arbeitslosenunterstützung in einer Mitgliedschaft.
  3. Verschiedene Vereinsangelegenheiten.
- Der Vorsitzende.

Die Deutsch-Amerikanische „Bäcker-Zeitung“ erscheint in Newyork und kostet für Deutschland M. 8 das Jahr. Expedition: Brooklyn-Newyork, No. 5 Boorumstreet. Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.